

Antrag Nr. 23-F-78-0013

CDU BLW ULW BIG

Betreff:

Gewerbesteuererhöhung verhindern
-Antrag der Fraktionen von CDU und BLW/ULW/BIG vom 15.11.2023-

Antragstext:

Das Linksbündnis plant im Zuge der Verabschiedung der Haushaltssatzung, den Gewerbesteuerhebesatz um sechs Prozentpunkte von 454 auf 460 Prozentpunkte anzuheben. Der Wiesbadener Industriebeirat unter Vorsitz der Bürgermeisterin und Wirtschaftsdezernentin Christiane Hininger (Grüne) kritisiert eine mögliche finanzielle Mehrbelastung der in der Landeshauptstadt angesiedelten Unternehmen und warnt vor massiven Nachteilen für den Wirtschaftsstandort der Landeshauptstadt. Wiesbaden hat bereits neben Frankfurt den höchsten Hebesatz im Rhein-Main-Gebiet und ist bereits jetzt im regionalen Vergleich weniger attraktiv für Neugründungen bzw. -ansiedlungen als andere Städte im Rhein-Main-Gebiet. Dieser Standortnachteil für Wiesbaden würde sich weiter verschärfen.

Zudem sind die Unternehmen durch die Corona-Pandemie und aktuelle Kriege bereits unvorhersehbaren finanziellen Belastungen ausgesetzt. Eine Anhebung des Hebesatzes würde sich zudem auf die Endkunden übertragen.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1.) Der Gewerbesteuerhebesatz für die Jahre 2024 und 2025 wird, wie vom Linksbündnis in seinem Kooperationsvertrag zugesagt, nicht erhöht und verbleibt bei 454 Prozentpunkten.
- 2.) Der Magistrat wird gebeten, den Gewerbesteuerhebesatz im Laufe des Jahres 2024 zu evaluieren und eine Hebesatzsenkung zu prüfen.

Daniela Georgi
Fraktionsvorsitzende
FraktionCDU-Fraktion

Daniel Butschan
Fraktionsgeschäftsführer CDU-

Renate Kienast-Dittrich
Fraktionsvorsitzende
BLW/ULW/BIG-Fraktion

Wiesbaden, 30.11.2023